

Raymond W. K. Lau

---

## Privatisierung in China

Die chinesischen Reformbestrebungen, die sich auf die Privatisierung richten, werden in den wissenschaftlichen Debatten des Westens recht unterschiedlich interpretiert. Staatseigene Unternehmen (SEU) konnten von den 80er Jahren bis etwa zur Mitte der 90er Jahre ein deutliches Wachstum und erhebliche Produktivitätsfortschritte erzielen. Ausgehend von diesen empirischen Befunden und angesichts der Tatsache, daß dies ohne einen nennenswerten Grad der Privatisierung vor sich ging, gelangten Wissenschaftler wie Rawski (1994) zu der Auffassung, daß die Privatisierung für China eine eher unwahrscheinliche Entwicklungslinie sei.<sup>1</sup> Andere Autoren vertraten die Position, daß China einen bislang einzigartigen Weg zu wirtschaftlichem Wohlstand entdeckt habe. Sie richteten ihr Augenmerk dabei nicht auf die SEU, sondern auf das deutliche Wachstum der ländlichen Kollektivunternehmen, die zusammen mit den kleinen, ländlichen Privatunternehmen als Stadt- und Dorfunternehmen bekannt sind (*township and village enterprises*: TVE). Die TVE werden von diesen Autoren als ein Modell betrachtet, welches die Zukunft des Sozialismus verkörpert. Ihr Erfolg wird auf die Besonderheiten der Eigentumsrechte zurück geführt, die zwischen privater und öffentlicher Verfügungsgewalt liegen (Bowles und Dong 1994).<sup>2</sup>

Bis 1993 war es tatsächlich das erklärte Ziel der Reformpolitik, die SEU als echte Betriebe wiederzubeleben, indem ihre Autonomie erhöht wurde, Anreize für die Unternehmensleitungen geschaffen, die Unternehmen in höherem Maße der Marktdisziplin unterworfen und staatliche Programme zur Entwicklungsförderung eingerichtet wurden. Zwischen Ende 1993 und Mitte 1994 fand jedoch ein grundlegender Gesinnungswandel in der Haltung zu den

---

1 Vergleiche zu den Produktivitätsfortschritten der SEU Jefferson et al 1992; Groves et al 1994; Jefferson & Rawski 1994; Naughton 1995; Lo 1997.

2 Eine ähnliche Sicht vertreten Walder (1994), Putterman (1995), Bachman (1996) sowie Oi und Walder (1999). Sie argumentieren, daß Chinas Erfolg seinen Grund in der Reform der Eigentumsrechte ohne Privatisierung habe. Für Bolton (1995) besteht das Erfolgsgeheimnis der staatlichen TVE in der kurzen Entfernung, die zwischen der Führung - den örtlichen Regierungsstellen auf der untersten Ebene - und den Ausführenden liegt; er stellt die Frage, ob dieselbe Führungsstruktur auch auf die großen staatseigenen Unternehmen übertragen werden kann.

SEU statt. Das chinesische Regime gelangte zu der Überzeugung, daß eine Reduktion des staatlichen Sektors unvermeidlich sei. Sie sollte nicht mehr einfach nur aus einem schnelleren Wachstum des nichtstaatlichen Sektors resultieren, wie dies in den 80er Jahren der Fall war, sondern durch aktive wirtschaftspolitische Maßnahmen herbeigeführt werden. Erstens sollte es dem privaten Kapital künftig gestattet sein, in der Form von Beteiligungen an großen, staatseigenen Unternehmen auch in die grundlegenden und wichtigsten Industriezweige einzudringen; die SEU würden auf diese Weise in Kapitalgesellschaften verwandelt. Zweitens sollte die Privatisierung von kleinen SEU *de facto* und *de jure* zugelassen werden. Zwischen 1993 und 1997 ging die Verwandlung von großen SEU in Kapitalgesellschaften zwar langsam, aber stetig voran. Damit wurden die Voraussetzungen für die Beteiligung von privatem Kapital geschaffen. Obgleich die chinesische Regierung es vermied, offen über die Privatisierung zu sprechen, schritt auch der Verkauf von kleinen SEU seit 1995 zügig voran.

Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im September 1997 war ein wichtiger Meilenstein für diese Entwicklung. In seinem Bericht an den Parteitag hob der Generalsekretär der Partei, Jiang Zemin, vier Punkte hervor: Erstens definierte er den öffentlichen Sektor der Ökonomie neu. Er sollte nunmehr Kapitalgesellschaften mit staatlichen und kollektiven Anteilen enthalten; zweitens bekräftigte er erneut, daß der Aktienbesitz respektive das System des Anteiligentums eine ökonomisch „neutrale“ Form sei, die vom „Sozialismus“ benutzt werden könne, drittens wies er dem privaten Sektor eine völlig andere Bedeutung zu: wurde letzterer zuvor als eine „notwendige und hilfreiche Ergänzung der staatlich geleiteten Ökonomie“ propagiert, so war der Privatsektor nun „wichtiger integraler Bestandteil“ der Volkswirtschaft, viertens schließlich betonte Jiang Zemin die Bedeutung der auf Aktien beruhenden Kooperativen (*gufen hezuozhi*) für die Transformation der kleinen SEU. Die Neudefinition des Staatssektors war eine logische Weiterentwicklung derjenigen Positionen, die bereits gegen Ende des Jahres 1993 vertreten wurden. Daneben aber begründete sie eine offene Einladung an private Vermögenseigentümer, ihr Kapital in diejenigen großen SEU zu investieren, die bereits in Kapitalgesellschaften verwandelt worden waren. Außerdem war die Neudefinition eine ideologische Konstruktion, um den privaten Investoren einen legitimen Weg zu bahnen.

Seit den 80er Jahren ist der private Sektor sprunghaft angewachsen. Heute erstreckt er sich auf gut die Hälfte der Volkswirtschaft. Entgegen ihrem früheren Schlingerkurs hat die chinesische Regierung gerade in den 90er Jahren die privaten Unternehmen ausgesprochen wohlwollend behandelt. Trotzdem blieben die privaten Unternehmer aus politischen Gründen zurückhaltend und agierten sehr vorsichtig, so dass die eben angesprochene offene Einladung an die privaten Investoren nicht genügte. Hinter dem Sinneswandel der

chinesischen Führung stand also nicht einfach nur die Anerkennung des quantitativen Gewichts, das den privaten Unternehmen mittlerweile zugekommen war. Vielmehr implizierte er auch politische Garantien für private Investitionen. Schließlich hat die Förderung der Kooperativen auf der Basis von Aktiengesellschaften den Privatisierungsprozeß der kleinen SEU seit 1995 beschleunigt.

Ein weiterer Meilenstein in diesem Restrukturierungsprozeß wurde mit einer Resolution über die Reform der SEU erreicht, die auf der 4. Plenumsitzung der 15. Tagung des Zentralkomitees im September 1999 verabschiedet wurde. Insbesondere wurde nun der bis dahin verbotene Verkauf von Staatsanteilen an börsennotierten Unternehmen gefördert. Außerdem wurde die Verringerung des Staatsanteils an den großen SEU gutgeheißen. Sie sollte durch den Tausch von Schuldscheinen gegen Anteilsscheine stattfinden. Schließlich wurde die offizielle Anerkennung der *de facto* und der *de jure* Privatisierung, die sich bisher nur auf kleine SEU erstreckte, auf die mittleren SEU ausgedehnt.

Gegenwärtig reicht das gesamte private Nettogeldvermögen – das in hohem Grade ungleich verteilt ist – mehr als hin, um die staatlichen Unternehmen aufzukaufen. Der Privatsektor könnte in einiger Zeit einen Anteil von rund 70 Prozent am registrierten Kapitaleigentum der gesamten Volkswirtschaft erreichen und diese Entwicklung stünde durchaus in Übereinstimmung mit den Prinzipien des 15. Parteitag. Offenbar möchte die chinesische Regierung aber nicht, daß dies geschieht. Wie die Geschichte der Reformperiode zeigt, fanden die Fortschritte im Entwicklungsprozeß jedoch sehr häufig ohne Rücksicht auf die Intentionen des Staates statt.

Den Wandel des Reformprozesses von einer Wiederbelebung und Stärkung der staatseigenen Unternehmen hin zu einer Privatisierung der Betriebe wird man schwerlich durch Analysen erklären können, die sich auf die Reform der Staatsunternehmen beschränken und sich mit Theorien über Eigentumsrechte beschäftigen. Gerade die Erfolge der chinesischen SEU, die unter anderem durch eine Dezentralisierung der ökonomischen Führungsstrukturen ermöglicht wurden, haben die „falsche“ Art von Effizienz innerhalb des Staatssektors gefördert. In der Zeit zwischen Ende 1992 und Mitte 1993 entstand daraus eine Krise des staatlichen Sektors, die bis heute anhält. Gleichzeitig haben andere Faktoren wie das Verschwinden der Monopolrenten der Staatsunternehmen sowohl eine fiskalische Krise des Staates als auch eine große Belastung für die SEU verursacht. Dieses Zusammentreffen verschiedener Entwicklungen rief 1993 jenen Wechsel in der Politik hervor, der den chinesischen Reformprozeß seither fest an die Privatisierung bindet.

## Die Reform der staatseigenen Betriebe und das System des Aktieneigentums

Um die Dynamik zu verstehen, die China auf den Weg der Privatisierung brachte, muss man sich über die Entwicklung seit der Reform der SEU im Jahre 1993 und die Bedeutung des Aktieneigentums in diesem Prozeß im Klaren sein. In der Zeit von 1981 bis 1995 benutzte China hauptsächlich das System des Kontraktmanagements (*chengbaozhi* im Chinesischen; *Contractual Management System: CMS*) als Mittel zur Reform der SEU. In China werden die SEU entweder durch Ministerien der Zentralregierung geführt (zentrale SEU), oder durch Verwaltungsstellen, die auf verschiedenen Ebenen der lokalen Regierung angesiedelt sind (lokale SEU). Unter dem System des Kontraktmanagements (CMS) schlossen die SEU Verträge mit diesen übergeordneten Behörden ab. Man verständigte sich darauf, daß festgelegte Anteile am erzielten Unternehmensgewinn an den zentralen Staatshaushalt (für die zentrale SEU) oder an die Budgets der lokalen Regierungsstellen (für lokale SEU) abgeführt werden sollten, während der Rest vollständig oder teilweise von den SEU einbehalten werden konnte. Diese Profitanteile wurden gemäß der Differenzierung der Produktion nach Industriezweigen und Unternehmen disaggregiert. Da die Industriezweige in China aber in doppelter Ausführung existierten – einmal als Bestandteil der zentralen und das andere Mal als Teil der lokalen Führungsebene – und angesichts des Überangebots an Arbeit, der protektionistischen Politik gegenüber der ausländischen Konkurrenz und dem Schutz der lokalen SEU durch die örtlichen Regierungsstellen, führte das System des Kontraktmanagements dazu, die Ineffizienz dieser duplizierten Industriestruktur zu reproduzieren.

Das Entstehen der Aktiengesellschaften und der Handel mit nicht-börsennotierten Wertpapieren im Schalterverkehr der Banken begannen Mitte der 80er Jahre, konnten aber bis zum Ende des Jahrzehnts kaum Fortschritte verzeichnen. Nach einer Phase Ende der 80er Jahre, in der die marktorientierten Reformen teilweise eingefroren wurden, beschloss der 14. Parteitag im Oktober 1992 im Anschluß an die berühmte „Reise in den Süden“ von Deng Xiaoping, daß China eine „sozialistische Marktwirtschaft“ erhalten sollte. Alle Reformmaßnahmen, die von den „Parteilinken“ zwischen dem 4. Juni 1989 und Ende 1991 als prokapitalistisch kritisiert wurden, galten nun als ökonomisch „neutrale“ Formen, die sich der „Sozialismus“ nutzbar machen könne. Anfang des Jahres 1993 beschloß Zhu Rongji, Vizepremierminister und verantwortlich für die Ökonomie, das CMS für die großen und mittleren SEU bis Ende 1995 vollständig abzuwickeln. Vor allem angesichts der Bestrebungen der chinesischen Führung, der WTO beizutreten, zeigte sich Zhu besorgt darüber, daß die Effizienzgewinne unter dem CMS ein extensives Wachstum in der zuvor erwähnten industriellen Doppelstruktur begünstigt hatten. Im

Gefolge der „Reise in den Süden“ Deng Xiaopings erreichte dieses Wachstum neue Höhepunkte in einem bereits fieberhaft verlaufenden, gesamtwirtschaftlichen Investitionsprozeß. Diese Überhitzung der Konjunktur wird an den verlassenen Bauplätzen und den zahlreichen Neubauruinen drastisch sichtbar, die über viele Landstriche des südlichen China verstreut sind.

Das CMS mußte durch ein körperschaftliches System (*gongsizhi*) ersetzt werden. Auf der 3. Plenumsitzung der 14. Tagung des Zentralkomitees wurde im November 1993 eine Resolution verabschiedet, in der die Vorgehensweise bei der Errichtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ festgelegt wurde. Es wurden 100 zentral geleitete und 2500 lokal geleitete SEU ausgewählt, die diesen Plan ausführen sollten. Von den Aktiengesellschaften, die ihre Anteile an das Publikum verkaufen konnten, sollten einige als Standardwerte an der Börse gehandelt und die übrigen auf andere Weise verkauft werden. Man beabsichtigte, Investmentfonds und Holding-Gesellschaften zu gründen, denen der Staat dann seine Anteile an jenen SEU übertragen sollte, die in Kapitalgesellschaften verwandelt worden waren. Man erhoffte sich davon eine Transformation der SEU in ökonomisch operierende Einheiten, die frei von staatlicher Intervention agierten und nur ihren Aktienbesitzern gegenüber verantwortlich waren. Letzteres sollte dadurch erreicht werden, daß Finanzintermediäre, die die Aktien der SEU am Markt handelten, die Kontrolle ausübten. Im Gegenzug sollten diese Intermediäre für ihre eigenen Leistungen entweder gegenüber den Verwaltungsstellen für die Staatsanteile, oder – auf höherer Ebene eingerichtet – gegenüber einer Behörde zur Verwaltung des staatlichen Vermögens verantwortlich sein; diese Institutionen mußten aber erst noch ins Leben gerufen werden. Die Staatsanteile aller anderen SEU, deren Transformation in Aktiengesellschaften bevorstand, sollten nicht von diesen Intermediären gehalten werden, sondern von den Verwaltungsstellen für die Staatsanteile.

Die mit der Aufsicht betrauten Verwaltungen und die staatlichen Großkonzerne begannen schnell mit der Errichtung von Holding-Gesellschaften, welche sie teils mit eigenem Personal ausstatteten. Üblicherweise wurde ein ehemaliger Bürokrat, der nun in der Verkleidung eines Unternehmers auftrat, zum Vorstandsmitglied einer, manchmal auch zahlreicher anderer Holdings ernannt (Chen Yongji 1995; Qi Guizhen 1996; Chinese Academy of Social Science, Industrial Economics Research Institute 1996). Bis zur 3. Plenumsitzung der 14. Tagung des Zentralkomitees waren bereits über 13.000 Unternehmen entstanden. Ein Jahr später war die Zahl auf 25.800 angestiegen und im März 1999 gab es bereits 710.000 Unternehmen. Von den 2500 lokal geführten SEU, die oben erwähnt wurden, sind 1080 in Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder in Aktiengesellschaften verwandelt worden, deren Aktienbesitz gegen Ende des Jahres 1997 weit gestreut war. An den beiden Börsen des Landes wurden Ende des Jahres 1999 bereits über 1000 Unter-

nehmen notiert und insgesamt unterhielten 40 Millionen Investoren Aktien-depots, wie aus verschiedenen Berichten chinesischer Zeitungen hervorgeht. Bei der Verwandlung der SEU in Kapitalgesellschaften verblieb die Mehrheit der Anteile beim Staat. Neue Aktien wurden zumeist an die Belegschaften, an andere SEU oder an den Staat respektive staatliche Fonds ausgegeben. Die ersteren – auch als Arbeitnehmeraktien bekannt – begründen strenggenommen nur ein Anrecht auf Aktien und gleichen eher festverzinslichen Wertpapieren; die letzteren werden als Körperschaftsanteile (*farengu*) bezeichnet. Bis zur 4. Plenumsitzung der 15. Tagung des Zentralkomitees waren die staatlichen Aktien nicht handelbar. Seit 1992 kann eine kleine Zahl der Körperschaftsanteile im Computerhandel offiziell gekauft und verkauft werden; diese Netzwerke haben ihren Standort in Peking und heißen *Securities Trading Automatic Quotation System (STAQ)* und *National Electronic Trading System (NETS)*. Die Arbeitnehmeraktien können nur zwischen den Beschäftigten eines Unternehmens gehandelt werden. Seit langem sind diese Aktien aber in die Hände des Publikums gelangt, oft sogar mit stillschweigender Duldung oder gar Ermutigung seitens der lokalen Regierungsstellen. Die Körperschaftsanteile dürfen nur zwischen gesetzlichen Körperschaften gehandelt werden; tatsächlich haben aber auch sie bereits eine weite Verbreitung unter den privaten Wirtschaftseinheiten gefunden; man schätzt diesen Anteil auf 90% des Gesamtbestandes (Shi Huidong 1996; WWP 29.7.98).

Das bislang geltende Verbot für den Handel mit Staatsaktien und der eingeschränkte Handel mit den Körperschaftsanteilen hat den Interessen der Anteilseigner und Unternehmen erheblichen Schaden zugefügt. So sind beispielsweise die Kapitalfonds in ihrer Tätigkeit äußerst stark eingeschränkt und Kapitalgewinne stehen von vorne herein fest. Offiziellen Schätzungen zufolge kostete das Verbot des Handels mit staatlichen Aktien mehr als 25 Milliarden Yuan seit der Eröffnung der beiden Börsen Mitte des Jahres 1993 (Ton Xing 1994: 12; Wang Junfeng 1996).

Bei der Börseneinführung der zu privatisierenden Staatsbetriebe haben die 100 größten SEU, die 100 zentral geführten SEU, welche das „moderne Unternehmenssystem“ anführen sollen, und jene 120 staatlichen Großkonzerne Priorität, von denen einige gegenwärtig erst noch errichtet werden; diese drei Gruppen von Unternehmen überschneiden sich. Die Politik der Regierung zielt darauf, den Handel mit Wertpapieren auf die beiden Börsen zu beschränken. Ferner sollen STAQ und NETS dazu angehalten werden, die Entwicklung an den Börsen unter Kontrolle zu halten. Der offiziell verbotene Handel mit nicht-börsennotierten Aktien (einschließlich der Körperschaftsanteile) findet dennoch in ungefähr zehn Städten – verteilt über das ganze Land – statt.

Obleich die Verwandlung der SEU in Kapitalgesellschaften damit einhergehen sollte, daß die Unternehmensleitungen nunmehr gegenüber den Aktienbesitzern verantwortlich sind, wurden viele Aufsichtsräte tatsächlich direkt

von den Verwaltungsstellen für die Staatsanteile eingesetzt und nicht von der Aktionärsversammlung gewählt, wobei letztere ihre Aufgaben ohnehin nur nachlässig wahrnahmen. Wichtige Entscheidungen, die auf den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Aktionäre getroffen wurden, mußten von den zuständigen Kontrollgremien in der Verwaltung bestätigt werden (Huang Shuzheng 1994; Wang/Ou 1994; Jin/Long 1994; Guan Yixin 1994; Fang/Zhong 1995). Kurz gesagt ist der gesamte Plan, die Geschäftsführung der transformierten SEU grundlegend umzustellen, vollständig gescheitert. Eine offizielle Untersuchung von 2586 unprofitablen SEU des Jahres 1994 kommt zu dem Schluß, daß in 81,3% aller Fälle die Verluste dieser Firmen auf ein schlechtes Management zurückzuführen sind (Tung 1996: 36). Darüber hinaus drängten die Probleme des extensiven Wachstums einer industriellen Doppelstruktur, das nach Dengs „Reise in den Süden“ entstanden war, auf eine Lösung.

Unter diesen Rahmenbedingungen verkündete der für die Reform der SEU verantwortliche Vizepremier Wu Bangguo im Dezember 1994: „Wir sollten uns nicht allein mit der Frage der Eigentumsrechte beschäftigen“, sondern sollten tatsächlich die *Reform* (d.h. die Transformation in Kapitalgesellschaften) mit einer industriellen *Reorganisation* (die auch Fusionen und Insolvenzen einschließt) und einer *Renovation* (d.h. Investitionen in Produktivitätsfortschritte anstelle eines bloß extensiven Wachstums) sowie der Stärkung des Managements verbinden (*Jiefang ribao* 12.1.95; *China Daily* 23.2.95; *RMRB* 23.2.95). Seither wurde dieses Programm in der Kurzform als *sangai yi jiaqi-ang* bezeichnet: „3 Re-s und 1 Stärkung“; mit dieser Formel wird ein Ansatz beschrieben, der bildlich durch eine aus drei Zinken bestehende Gabel beschrieben werden kann: die Transformation der SEU in Kapitalgesellschaften wird mit der Bekämpfung des extensiven Wachstums in einer industriellen Doppelstruktur und der Stärkung des Managements verbunden. Bis heute ist Wu Position für die Politik maßgebend. Im Ergebnis dieser wirtschaftspolitischen Feinsteuerung fiel die Zahl der Aktiengesellschaften von 15.100 Ende des Jahres 1994 auf nur noch 9000 zu Beginn des Jahres 1997

Eine andere für den wirtschaftlichen Reformkurs wichtige, strategische Feststellung traf Wu Bangguo im Dezember 1994; er vertrat die Auffassung, daß der Staat den größten Teil seiner Ökonomie fest im Griff hätte, wenn es ihm gelänge, die 500 bis 1000 größten SEU erfolgreich zu führen. Dies ist der Ursprung einer Politik, die seither unter der Formel: „Halte die Großen fest im Griff, laß die Kleinen gehen!“ (*zhuada fangxiao*) bekannt geworden ist. Dieser Strategie folgend, würde sich der Staat auf die 1000 größten SEU konzentrieren – ein Bündel von 512 Betrieben wurde bisher ausgewählt –, in denen gut 85% des gesamten Nettoeinkommens der SEU entstehen. Somit verlagerte sich der Schwerpunkt der staatlichen Reformpolitik gegenüber den kleinen SEU dergestalt, daß die 1993 begonnenen Versuche, deren Effizienz durch die Einführung neuer Anreizsysteme (CMS und Leasing) zu erhöhen, aufge-

geben und seit dem Frühjahr 1995 durch Maßnahmen zur industriellen Restrukturierung ersetzt wurden; zugleich rückte das auf Aktien beruhende Kooperativsystem (*share-based co-operative system*: SBC), das auch den Verkauf von Anteilsrechten vorsah (siehe unten), auf Platz zwei der Prioritätenliste vor (Li Peng 1995, 1997). In einem Artikel, der zu Beginn des Jahres 1995 erschien und in Teilen die offizielle Sichtweise der höchsten politischen Führung wiedergab, unterstützte Yuan Mu (1995) den wirtschaftspolitischen Kurs einer „angemessenen“ und „graduellen“ Veräußerung der kleinen SEU. Das ist nicht verwunderlich, denn angesichts einer schwindenden Wirtschaftskraft (siehe unten) kam die Regierung gegen Ende des Jahres 1994 zu der Erkenntnis, daß sie nicht in der Lage sei, die Mehrheit der SEU wiederzubeleben; daher beschränkte sie sich nunmehr auf die größten SEU und ließ den allmählichen Verkauf der kleinen staatseigenen Betriebe zu. Dieser Verkauf ging jedoch sehr rasch voran und stand damit im Gegensatz zu den Intentionen der Zentralregierung. Der allergrößte Teil der kleinen SEU wurde von den Verwaltungen der Regierungsbezirke oder auf städtischer Ebene geführt. Ebenso wie die Zentralregierung verfügten sie nicht über die finanziellen Mittel, um die kleinen SEU zu modernisieren. Ursprünglich verkauften die meisten Bezirke zuerst die schlechtesten Unternehmen zu den niedrigsten Preisen, folgten aber bald dem Vorbild der Küstenregion und begannen, die profitabelsten Unternehmen zu veräußern. Durch diese Vorgehensweise beunruhigt, brachte der Staatsrat eilig ein Rundschreiben in Umlauf, das diese Praxis verbot, aber von den lokalen Regierungsbehörden einfach ignoriert wurde (*Guoqi gaige reng ...*, 1996). Der Verkauf der kleinen SEU fand auf verschiedene Weisen statt: durch Auktionen; auf dem Wege der Verwandlung in Kapitalgesellschaften, wobei die meisten Aktien in den Besitz von Privatpersonen übergingen; und schließlich durch SBC. Angesichts des hohen festverzinslichen Fremdkapitalanteils am Gesamtkapital waren sie beinahe zu jedem noch so niedrigen Preis zu haben. Im März 1998 wurden in Shenyang kleine SEU für einen symbolischen Preis von einem *Yuan* zum Verkauf angeboten, deren Reinvermögen gleich Null war. Häufig wurden den Käufern auch solche Vorteile wie der Verzicht auf Zinsforderungen eingeräumt, die auf vorhandene Schulden der Unternehmen zu zahlen waren, wenn sie sich bereit erklärten, keine Massenentlassungen vorzunehmen – zumindest nicht gleich zu Anfang. Der Kauf von Unternehmen durch das Management fand ebenfalls weite Verbreitung. In einem typischen Beispiel sicherten sich die Manager bei allen 10 SEU, die von einem Pekinger Regierungsbezirk verkauft wurden, durch den Kauf von Aktien eine beherrschende Stellung; in einem dieser 10 Fälle kaufte der Manager einen Anteil von 51% der Aktien im Wert von 1,73 Millionen *Yuan*, 22 Führungskader erwarben insgesamt 39,3% des Unternehmens für 1,33 Millionen *Yuan* und die verbleibenden 9,7% wurden von 186 Arbeitern aus einer Belegschaft von insgesamt 1000 Arbeitern gekauft. Im

Stadtbezirk von Jiangsu wurden beispielsweise 39 Unternehmen, die auf lokaler Ebene geführt wurden, in SBC verwandelt, wobei 63% des Aktienkapitals an die Unternehmensleitung und deren Familien gingen, aber nur 13% an die dort beschäftigten Arbeitskräfte. Es gab auch Beispiele dafür, daß die Aktien tatsächlich mehrheitlich an die Arbeiter verkauft wurden, aber dies geschah zumeist bei solchen Firmen, die ohnehin nur Verluste einbrachten, und die Arbeiter hatten schlicht keine Wahl, als diese Aktien zu zeichnen, wollten sie ihre Arbeitsplätze sichern. In Jiangxi, nach dem 15. Parteitag, gab man den Arbeitern 10 Tage Zeit, um das Geld für die gezeichneten Aktien einzuzahlen, andernfalls würden sie ihre Arbeitsplätze verlieren und ihre Pensionsansprüche und Sozialleistungen einbüßen, obgleich sie dafür bereits Beiträge geleistet hatten; gleichzeitig wurden die Rückstände der Unternehmen bei der Lohnzahlung ohne Zustimmung der Arbeiter in Aktien verwandelt. Die Lage spitzte sich derart zu, daß das Arbeitsministerium im Februar 1998 ein Rundschreiben verfaßte, um diese Praktiken zu verbieten – aber wahrscheinlich vergeblich. Trotz dieser üblen Methoden ist das SBC mit seinen kooperativen Eigenschaften offenbar eine geeignete ideologische Formel, um die *de facto* Privatisierung zu maskieren. Daher wurde dieses System in Li Pengs Regierungsbericht vom März 1997 auch besonders gewürdigt und seine „günstige Wirkung“ hervorgehoben. Dies kann man als einen Hinweis darauf interpretieren, daß die Regierung sich mit dem raschen Fortschritt in der Privatisierung der kleinen SEU ausgesöhnt hatte und nun ein größeres Gewicht auf die Wahl einer Privatisierungsform legte, die auf eine höhere ideologische Akzeptanz treffen konnte. Bis zum Beginn des Jahres 1996 belief sich die Zahl der SBC in den ländlichen Regionen Chinas bereits auf 3 Millionen und stellte damit einen Anteil von 10% an allen Unternehmen des ländlichen Raumes (*Gufen hezuozhi qiye ...* 1996; Li Yanyan 1996: 14; Xiao Liang 1996; Zhang Yanning 1996; Cao Jingxing 1997; Wanyanshu: 202). Provinzen wie Shandong, Guangdong und Fujian hatten bereits bis zum Anfang des Jahres 1997 70% ihrer kleinen SEU durch den Verkauf oder auf andere Weise wie beispielsweise Leasing privatisiert. Anfang des Jahres 1999 lag die Privatisierungsrate für ganz China bei 60%. In einigen Unterprovinzen, so in Zhucheng, Shunde und Shangqiu, ist die Privatisierung bereits abgeschlossen: Es gibt dort keine SEU mehr. In Übereinstimmung mit der Politik der Zentralregierung haben viele lokale Regierungen versichert, keine neuen kleinen SEU einzurichten (Xiao Liang 1996; Zhang Yanning 1996; Wanyanshu: 27, 202; Ma/Ling 1998: 380-4).

Es stellt sich nun die Frage, ob der Eigentumswechsel von einer Veränderung in den Benutzungsrechten sowie in veränderten Beziehungen zwischen den Eigentümern, dem Management und der Arbeit begleitet war. Im Falle der großen und mittleren SEU verbleiben die verschiedenartigen Eigentumsrechte in den Händen der staatlichen Organe, die noch immer über den weitaus

größten Anteil am Unternehmenskapital verfügen. Wie bereits erwähnt, werden viele in Kapitalgesellschaften verwandelte SEU, die nicht von Dachgesellschaften kontrolliert werden, noch immer von staatlichen Aufsichtsgremien geleitet, aber nicht durch die Aktionärsversammlungen. Was passiert aber, wenn private Investoren über die beherrschende Stellung in den Unternehmen verfügen? Im Hinblick auf die Produktion haben alle SEU, die Kapitalgesellschaften eingeschlossen, in den letzten Jahren den Überschuß an Arbeitskräften unerbittlich abgebaut und ihre sozialen Leistungen gekürzt (Lau 1997). Wiederum ist jedoch die entscheidende Frage, ob diese Vorgehensweise der Unternehmen einzig oder hauptsächlich durch das Profitmotiv bestimmt wurde, sobald die privaten Kapitalanteile dominierten. Das Beispiel der kleinen SEU zeigt hier in allgemeingültiger Weise, was bevorsteht.

Sind die Privaten die einzigen Eigentümer an den *de jure* privatisierten SEU oder verfügen sie über den entscheidenden Einfluß, dann zeigen die Beispiele eine eindeutige Regelung der Beziehungen zwischen den Eigentümern, dem Management und der Arbeit. In Chongqing legte die private Unternehmensgruppe Kuayue ein Angebot für den Kauf der Chongqing Steel Ball Fabrik vor. Obgleich die Belegschaft dagegen protestierte, setzte die Regierung das Geschäft durch, nach dessen Abschluß von den ehemals 900 Arbeitern 600 entlassen wurden (SCMP 21.9.98). In Shenyang kaufte der Manager von Shenyang Microelectrical Factory diese Firma zu einem niedrigen Preis. Die Belegschaft von 1000 Arbeitern widersetzte sich diesem Geschäft und konnte die Produktion für 7 Monate unterbrechen. Als der Betrieb wieder aufgenommen wurde, hatte der neue Eigentümer die Zahl der Arbeiter auf 200 reduziert (SCMP 14.8.98). Solche rücksichtslosen Entlassungen im Gefolge der Privatisierung waren derart weit verbreitet, daß die Tageszeitung der Kommunistischen Partei *Renmin ribao* im August 1998 zweimal dafür plädierte, den Verkauf der kleinen SEU zu verlangsamen, um auf diese Weise die Arbeitslosigkeit zu stabilisieren (SCMP 6.8.98).

In den SBC werden die Manager, rein formal betrachtet, durch Arbeiter, die Aktien besitzen, überstimmt, denn es gilt der Grundsatz: „ein Aktienbesitzer, eine Stimme“ anstelle der Regel: „eine Aktie, eine Stimme“. Die Manager haben jedoch kaum Schwierigkeiten damit, dies für ihre Zwecke zu instrumentalisieren (wie aus Gesprächen mit Beteiligten zu erfahren war). Zwar sind die Versammlungen der Belegschaft und der Arbeiter in den SEU ein Mittel, um die „demokratische Kontrolle“ der Unternehmen durch die Arbeiter auszuüben (Lau 1997; Jiang 1996), aber die Realität zeigt, daß die Arbeiter in den chinesischen Fabriken nicht in der Lage sind, ihre Interessen mittels formaler Abstimmungsverfahren zu verteidigen. In solchen Versammlungen werden auch Privatisierungspläne angenommen, die für die Beschäftigten nachteilig sind. Im nächsten Abschnitt werden wir zeigen, daß die Eigentumsrechte, die mit dem Besitz von Anteilen an den Unternehmen verbunden sind, zahlrei-

chen Einschränkungen unterworfen sind, auch wenn das Ausmaß dieser Restriktionen abnimmt.

### Finanzquellen der Privatisierung: Die private Wirtschaft und die „ursprüngliche Akkumulation“ durch die *Nomenklatura*

Im Jahr 1979 ließ die Regierung wieder individuelle Händler zu und gestattete ihnen, bis zu sieben Arbeiter einzustellen. Seither sind diese Geschäfte als *getihu* bekannt geworden: Kleingewerbetreibende. Private Geschäfte mit mehr als acht Beschäftigten (*siying qiye*, im folgenden als private Unternehmen bezeichnet) traten bereits seit 1981 illegal auf. Die lokalen Regierungen haben sie entweder ignoriert oder sie als Kollektiv zugelassen, wohlwissend, daß es sich dabei um eine Tarnung handelte. Unter der Bezeichnung: „die rote Mütze tragend“ sind diese verdeckten Privatunternehmen bekannt geworden. Sie wurden am 13. Parteitag 1987 formal legalisiert. Heute sind nur noch die Bereitstellung von städtischem Boden und die Vergabe von Krediten an politische Entscheidungen gebunden (*SYNJ* 1996: 156-7, 183). Einer kleinen Minderheit von bestimmten Privatunternehmen ist der Zugang zu den beiden inländischen Börsen und zu ausländischen Börsen – in der Hauptsache Hong Kong – aufgrund einer politischen Entscheidung untersagt. Seit 1995 wuchs der private Sektor beständig mit zunehmenden Raten. Selbst nach offizieller Rechnung belief sich daher der Anteil des privaten Sektors an der gesamten Bruttowertschöpfung der industriellen Produktion im Jahr 1998 auf 40,02% (*TJNJ* 1999: 423). Den offiziellen Statistiken zufolge belief sich im Jahre 1999 der Anteil, den die Joint-Ventures mit ausländischen Unternehmen am gesamten Export hatten, auf 45,5%; im Jahr 1995 lag dieser Anteil bei 39% (*SCMP* 4.2.2000). Der Anteil des privaten Sektors an allen Exporten beträgt heute grob geschätzt etwa 55,6% des gesamtwirtschaftlichen Exports. Es scheint also wenig Zweifel daran zu bestehen, daß der Anteil des privaten Sektors an der Gesamtwirtschaft heute bei gut der Hälfte liegt.

Die große Mehrheit der privaten Unternehmen besteht noch immer aus kleinen Firmen, aber das durchschnittliche eingetragene Grundkapital je Unternehmen ist von 80.000 *Yuan* im Jahre 1988 auf 400.000 in 1995 gestiegen (*Tung* 1997: 14). Von allen registrierten privaten Unternehmen im Jahr 1995 besaßen 95 Firmen Aktiva im Wert von mehr als 10 Millionen, 37 verfügten über mehr als 100 Millionen; diese Liste wurde von dem Pekinger Unternehmen *Tongchan qiye jituan* mit 4,23 Milliarden *Yuan* angeführt; 41 Betriebe erzielten Einnahmen über 100 Millionen und das umsatzstärkste Unternehmen *Xiwang jituan* in Sichuan erreichte 1,66 Milliarden; das größte Nettoeinkommen von 480 Millionen *Yuan* erreichte die Firma *Xingbao (jituan) youxian gongsi* in Hainan. Eine landesweite Untersuchung der privaten Unternehmen gegen Ende des Jahres 1994 ergab, daß der Markt von 33,3%

dieser Unternehmen sich auf andere Provinzen oder das Ausland erstreckte. Die Zahl der Millionäre wird auf rund eine Million geschätzt. Die ersten Multimillionäre traten Mitte der 80er Jahre auf. Bis 1996 ist ihre Zahl auf 30 bis 40 gestiegen. Die *Forbes*-Liste der Multimillionäre enthielt 21 Eintragungen für das Jahr 1995 (*SYNJ* 96: 156, 319-22; Li Yanyan 1996; *WWP* 26.4.96, 30.4.96; *JYJZL* April 1996: 63-4).

In nur wenigen Geschäftsfeldern im Bereich der Produktion, des Einzel- und des Großhandels läßt die Regierung keine privaten Unternehmen zu. Im übrigen haben die privaten Firmen jedoch alle Industriezweige, das Bankensystem, die Wasserkraftwerke und die Produktion von Kleinflugzeugen durchdrungen. Seit einigen Jahren übernehmen die Privatunternehmen die SEU, eingeschlossen auch die großen SEU. Zudem wurden zahlreiche *Joint-Ventures* mit ausländischen Investoren abgeschlossen. Viele Firmen haben Vertretungen im Ausland. Im Jahr 1995 waren landesweit 4038 Unternehmen im Exportgeschäft tätig. Im Januar 1999 wurde 22 Unternehmen die Exportlizenz erteilt und bis zur Jahresmitte belief sich diese Zahl bereits auf 142. Im März 1996 erhielten 6 Unternehmen Darlehen von der Weltbank von insgesamt 10 Millionen Dollar. Im Oktober 1998 ging sie noch einen Schritt weiter und beteiligte sich mit 2 Millionen Dollar an einem privaten Unternehmen in Sichuan, indem eine Tochterfirma gegründet wurde. Einige Privatunternehmen gehören zu den größten Produzenten innerhalb ihres Industriezweiges, so beispielsweise der Großkonzern *Hongtao K* in Wuhan, der landesweit über 1200 Tochterunternehmen besitzt und Handelsvertretungen in den USA, Kanada und Thailand unterhält. Im Juni 1997 wurden die beiden ersten Firmen an der Börse von Shanghai zugelassen, und eine Reihe von Privatunternehmen strebt die Aufnahme an überseeischen Börsenplätzen an (*SYNJ* 1996: 321; Young 1995: 113; *MB* 23.6.97; *WWP* 18.3.96).

Es ist wenig überraschend, wenn zahlreiche Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangen, daß unter den erfolgreichen Geschäftsleuten ein hoher Anteil seinen wirtschaftlichen Erfolg den politischen Kontakten verdankt. Aus zwei Studien, die in den späten 80er Jahren durchgeführt wurden, geht hervor, daß zwischen 45% und 60% der neuen Privateigentümer ehemalige Kader sind, eine andere Untersuchung zeigt, daß 8,2% zu den noch aktiven Kadern zählen und eine weitere Untersuchung schätzt, daß 16% der neuen Privateigentümer zu den Verwandten von noch aktiven Kadern gehören. Aus Wenzu, das eine große Zahl von privaten Unternehmen aufweist, wird berichtet, daß 70% aller Kader Verwandte haben, die im privaten Sektor arbeiten (Wang/Wu 1990; Young 1995: 115-6). Wie aus der bereits oben erwähnten landesweiten Studie von 1994 hervorgeht, gehören 17,1% aller Privateigentümer der Partei an und weitere 4,5% dem Kommunistischen Jugendverband. Untersuchungen in Zhejiang und Shenzhen ergaben ähnliche Verhältnisse (*SYNJ* 1996: 162, 179, 203). Zudem zeigen Studien, die kürzlich in der wohl-

habenden Region Jiangsu durchgeführt wurden, daß 20% der Parteisekretäre in den dörflichen Parteigliederungen gleichzeitig auch zu den Privateigentümern zählen; wieder anderen Studien zufolge werden Privatunternehmer zu Parteisekretären oder zu Gouverneuren auf der dörflichen, der städtischen oder einer noch höheren Verwaltungsebene ernannt. Dies alles geschah, obgleich damit das 9. Dokument des Zentralkomitees verletzt wurde, das nach dem 4. Juni 1989 veröffentlicht wurde und den Privateigentümern den Beitritt zu Partei untersagt (Xiong Xiaming 1993; Li Yanyan 1996; Yuan Mu 1997; Zhou/Lu 1997).

Wie haben sich die privaten Unternehmer angesichts des wirtschaftlichen Wachstums im privaten Sektor als neu entstehende soziale Gruppe oder Klasse entwickelt? Die Kleingewerbetreibenden entwickelten sich in den 80er Jahren sehr gut, aber ihre Lage wurde in den 90er Jahren drastisch schlechter; sie blieben durchweg sozial unorganisiert und waren politisch ängstlich. Die Eigentümer der privaten Unternehmen hingegen waren durchweg wohlhabend und genossen ein hohes soziales Ansehen, abgesehen von einer kurzen Zeitspanne nach dem 4. Juni 1989. In den 80er Jahren gab es kaum Hinweise darauf, daß sie eine kohärente, neue Gruppe oder Klasse bilden könnten, und sie zeigten auch keine Bestrebungen, sich einheitlich politisch zu organisieren. Sie sind allerdings in mehreren kleinen „demokratischen Parteien“ und in der „All China Federation of Industry and Commerce“ (ACFIC) zusammengefaßt, die von der kommunistischen Partei kontrolliert werden.

So werden die Unternehmer überwacht und die Regierung versucht, sich auf diese Weise ihre Unterstützung zu sichern. In den letzten Jahren wurden jedoch halboffizielle Körperschaften und alle Arten von Vereinigungen gegründet. Zudem wurde in dieser Zeit eine kleine, aber steigende Zahl privater Geschäftsleute zu Vertretern in legislativen und beratenden, von der Partei kontrollierten Körperschaften berufen. Dort können sie ihre Anliegen und Forderungen zur Sprache bringen. Wie Untersuchungen zeigen, sind die privaten Unternehmen mit der politischen Situation nicht unzufrieden. Insgesamt legen die empirischen Erhebungen nahe, daß sich im Hinblick auf ihr Selbstbewußtsein, ihre politischen Ansprüche, den Organisationsgrad und ähnliches ihre Situation seit 1992 verglichen mit den 80er Jahren verbessert hat. Ungeachtet dieser Entwicklungen zeigen weder die ACFIC noch die „demokratischen Parteien“ Anzeichen dafür, daß sie ihre Unterstützung für den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei aufgeben. Wie bereits erwähnt, verdanken viele wohlhabende Geschäftsleute ihren wirtschaftlichen Erfolg den politischen Verbindungen, über die sie verfügen. So wurde die *Minsheng* Bank unter der Schirmherrschaft der ACFIC und mit Zustimmung der Partei gegründet. Das erinnert an die Unterstützung, welche die reichen Händler während der Englischen Revolution vom *ancien regime* erhalten haben.

Seit den 80er Jahren ist es einigen Mitgliedern der *Nomenklatura* gelungen,

ein riesiges Vermögen unter solchen halb marktförmigen und halb politischen Bedingungen zu akkumulieren. In den 80er Jahren waren offizielle Schiebereien (*guandao*) in einem gespaltenen Preissystem wohlbekannt. Einer Schätzung zufolge betrugen die Gewinne, die auf diese Weise zustande kamen, gegen Ende der 80er Jahre im Durchschnitt um die 100 Milliarden Yuan pro Jahr; dies entspricht etwa 45% der Staatseinnahmen in dieser Periode; rund 70% dieser Gewinne verschwanden in privaten Taschen (*Jingji cankao bao* 9.3.93). *Guandao* und regelrechte Korruption gingen zwar nach dem 4. Juni zurück, lebten aber nach Dengs „Reise in den Süden“ wieder auf. In den 90er Jahren verschwand mit der Preisliberalisierung das gespaltene Preissystem und somit die *guandao* im Gütermarkt, auf der anderen Seite tauchte sie jedoch mit der Herausbildung von Faktormärkten und sodann in der Form des *rent-seeking* wieder auf (*Jingji ribao* 20.5.95; *SCMP* 22.11.97). Unter *rent-seeking* versteht man ganz allgemein Vorteile, über die jemand verfügt oder ein Einkommen, das jemandem zufließt, indem beispielsweise politische Machtpositionen jenseits der Marktbedingungen benutzt werden. Ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler schätzte, daß die Zinsdifferentiale, die zwischen den niedrigen Schuldzinsen für die Kredite der staats eigenen Banken und den höheren Zinsen bestanden, die für Darlehen am Markt gezahlt werden mußten, sich auf mehrere Milliarden Yuan pro Jahr beliefen (*JYJZL* Juli 1996: 39-40).<sup>3</sup> In einem allseits bekannten Fall von *rent-seeking* im Grundstücksmarkt übte der stellvertretende Vorsitzende der Volksversammlung von Guangdong auf die Behörden der Region Daya Bay in Shenzhen Druck aus, so daß letztere Grundstücke weit unter ihrem Preis an eine Unternehmung verkauften, die seinen Töchtern gehörte; der Gewinn aus dem Wiederverkauf dieser Grundstücke betrug 166 Millionen Yuan (*MB* 10.10.98, 14.10.98; *WWP* 31.10.98).

Der größte Korruptionsskandal, der gegenwärtig zutage getreten ist, betrifft die Führung der Stadtverwaltung von Peking, die nun ausgewechselt wurde; ihr gelang es, 18 Milliarden Yuan aus dem Budget herauszusaugen, und während der größte Teil davon für städtische Projekte verwendet wurde, wanderten 2 Milliarden in ihre eigenen Taschen. Ähnlich liegt der Fall bei einem ehemaligen stellvertretenden Leiter der Finanzabteilung von Zhuhai, der als Gegenleistung für die Annahme von Bestechungsgeldern finanzielle Mittel zu privaten Unternehmen durchschleuste. Seit zwei bis drei Jahren unternimmt die Zentralregierung verstärkte Anstrengungen, um die Korruption zu bekämpfen, und seither sind zahlreiche schwere Vergehen aufgedeckt worden. So wurde auch der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Volksversammlung Ende 1999 verhaftet (*WWP* 23.11.97, 27.7.98; *MB* 11.9.97, 5.9.98,

---

3 Siehe auch *MB* 25.10.98, wo das typische Beispiel eines Bankangestellten dargestellt wird, der Bestechungsgelder angenommen und dafür die gewährte Darlehenssumme aufstockte.

8.9.98, 9.9.98, 23.9.98; 12.10.98). Zahlreiche Einheiten der Sicherheitskräfte decken und schützen jedoch den weitverbreiteten Schmuggel und sind in einigen Fällen sogar selbst darin engagiert; der Wert dieser Schmuggelgüter beläuft sich auf hunderte von Millionen Yuan (WWP 1.8.98; MB 17.9.98 18.9.98, 23.9.98, 24.9.98, 30.9.98, 1.10.98).

Für die späten 80er Jahre, aber noch vor dem 4. Juni, zeigen Untersuchungen, daß einige Manager der durch CMS geführten Unternehmen sehr große Einkommen erzielten, die sich bis auf das 266-fache des Durchschnittseinkommens eines Arbeiters beliefen. Solche Einkünfte wurden sowohl durch legale als auch durch illegale Mittel erzielt. Nach einer kurzen Unterbrechung in der Zeit zwischen dem 4. Juni 1989 und 1991 wurden diese Praktiken der Bereicherung wieder aufgenommen (*Bufen zulin ...* 1989; Chen/ Guo/Wang 1989; Zhang/Pang 1990; Zhang Yanning 1990: 25; *Eastern Express* 5.2.94; MB 5.10.95, 23.11.96; WWP 23.11.95). Zahllose Firmen wurden von Verwandten und Freunden der Kader und Manager gegründet, die mit staatlichen Vermögensbeständen arbeiteten, welche ihnen auf dunklen Kanälen übertragen wurden und nun der privaten Bereicherung dienten. Zu Beginn des Jahres 2000 wurde der ehemalige Leiter der *Hunan Electric Cable Group*, der landesweit drittgrößte Kabelproduzent, zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er 28 Millionen Yuan für private Firmen abgezweigt hatte, die seine Frau und seine Komplizen betrieben. Zudem werden häufig öffentliche Gelder für spekulative Anlagen mißbraucht, in denen die Verluste zu Lasten des Staates gehen und die Gewinne privatisiert werden. Kürzlich wurde bekannt, daß in der Provinz ein Filialleiter der Chinesischen Bank den Unternehmen, die von ihm und seiner Frau in Hong Kong gegründet wurden, Baukredite im Wert von bis zu 100 Millionen Hong Kong Dollar einräumte; diese Gelder wurden für allerdings erfolglose Spekulationen in Handelstiteln verwendet. In einem anderen Fall gewährte ein Abteilungsleiter der Bank von China dem Unternehmen eines Komplizen einen Kredit über 3,5 Millionen Hong Kong Dollar, um in Macao drei Immobilien zu erwerben, die anschließend mit einem Gewinn von 2 Millionen Hong Kong Dollar wieder verkauft wurden (He Yang 1993; Tong Xing 1994; Zhao/Zhou 1995: 21; *Qiyè yunxing ...* 1996; GGNC Nr. 18, 1995; WWP 17.1.96, 18.9.96; SCMP 18.6.97, 26.2.00; MB 17.6.98).

### Die Entwicklung der Privatwirtschaft nach 1997

Während seiner „Reise in den Süden“ äußerte Deng Xiaoping, daß der öffentliche Sektor „der hauptsächliche Bestandteil“ (*zhuti*) der Ökonomie bleiben werde. In der Resolution der 3. Plenumssitzung zur 14. Sitzungsperiode des Zentralkomitees, die im November 1993 stattfand, wurde diese Aussage dahingehend spezifiziert, daß der öffentliche Sektor eine „dominierende Positi-

on“ bei den gesamten Vermögensbeständen innehaben und daß die staatliche Wirtschaft „die Pulsadern der nationalen Ökonomie kontrollieren und die führende Rolle spielen werde“. Um diese Funktion auszuüben, sollten „ausgewählte Güter“ und militärische Unternehmen ausschließlich in staatlicher Regie produziert beziehungsweise geführt werden, zudem sollte der Staat die beherrschende Position in den Unternehmen jener Branchen halten, welche zu den Säulen der chinesischen Industrie zählten, sowie an den „Schlüsselunternehmen“ in „grundlegenden Industriezweigen“; privates Kapital sollte an denjenigen SEU teilhaben dürfen, die in Kapitalgesellschaften verwandelt worden waren. Diese Positionen behielt der 15. Parteitag vom September 1997 bei, aber die Rollen der privaten und der staatlichen Wirtschaft wurden neu definiert, wie bereits zu Beginn dieses Artikels ausgeführt. Warum trat diese Änderung ein? Es zeigt sich ganz deutlich, daß dem Regime zwischen dem 3. Plenum des Zentralkomitees und dem Ende des Jahres 1994 – also zwischen den beiden Parolen: „Teilhabe des privaten Kapitals“ und „Halte die großen Betriebe fest im Griff und laß die kleinen los!“ – klar wurde, daß es keine Alternative zur Reduktion des Staatssektors gab. Die Senkung des Staatsanteils konnte nicht allein durch mehr Unternehmensgründungen im privaten Sektor erreicht werden, wie es seit den 80er Jahren geschehen war, sondern erforderte auch die Anlage privaten Kapitals in den Schlüsselindustrien und die Privatisierung der kleinen SEU. Man war überzeugt, dass die Wiederbelebung der SEU von einer Streuung der Aktienanteile abhängig sei. Das zuvor erwähnte Versagen der SEU, soweit sie in Kapitalgesellschaften verwandelt waren, die Art ihrer Geschäftsführung zu verändern, und der Umstand, daß viele Holdings die Entscheidungskompetenzen von ihren Tochterunternehmen abgezogen und wieder zentralisiert hatten, kann dafür als Beleg dienen (*Shangji bumen ...* 1995; Yao Shuren 1995; Chen Yongjie 1995). Weit bedeutsamer als dies ist aber, daß der Zustrom des privaten Kapitals nach der 3. Plenumsitzung geradezu zwingend geworden war, weil die Senkung der hohen Außenfinanzierung über Kredite, die im Durchschnitt aller SEU bei 70% lag, auf einen Anteil von erträglichen 60%, allein 1 Billion Yuan erfordert hätte; angesichts der schrumpfenden Wirtschaftskraft der staatlichen Ökonomie konnte der Staat davon allenfalls ein Drittel aufbringen (*GGNC* Nr.3, 1977, *WWP* 6.9.97). Die Kontrollfunktion des Staates sollte zuallererst in einem qualitativen, aber nicht in einem quantitativen Sinne zu verstehen sein. Man vertrat die Auffassung, daß China seinen „sozialistischen Charakter“ nicht verlieren würde, solange der Staat eine qualitative Kontrolle über die in Kapitalgesellschaften transformierten SOEs ausüben könne. Das ist eine offene Aufforderung an das private Kapital, in jene Sektoren der staatlichen Wirtschaft zu investieren, die die privaten Kapitalzuflüsse benötigten und in denen der Staat seine Kontrolle behalten wollte; daher erfährt die private Investition in diesem Bereich eine explizite ideologische Rechtferti-

gung. Das Regime befürchtete jedoch, daß selbst nach zwei Jahrzehnten wirtschaftlicher Reformen das private Kapital sich sehr zögerlich verhalten werde. Besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die *de facto* Verstaatlichungen des Jahres 1956 in jener eigentümlichen Weise vollzogen wurden, die unter dem Titel: „staatliche und private Partnerschaftsunternehmen“ (*gongsi hey-ing*) bekannt wurde. Darüber hinaus hat es selbst in der Reformphase nicht an Beispielen für die Verletzung gesetzlich garantierter Eigentumsrechte gefehlt. So wurden etwa die Bankkonten privater Kaufleute in der Freihandelszone Wenzhou als unmittelbare Folge des 4. Juni für eine gewisse Zeit eingefroren (Wang Zhonghui 1990: 95). Der politische Richtungswechsel, den die chinesische Regierung vollzogen hat, indem sie das private Kapital nicht mehr bloß als „Ergänzung“ der staatlich kontrollierten Ökonomie ansah, sondern als einen „integralen Bestandteil“ der Wirtschaft proklamierte, geht also nicht allein auf die Anerkennung der quantitativen Bedeutung zurück, die der private Sektor der Ökonomie mittlerweile erreicht hatte. Man verfolgte darüber hinaus das Ziel, für die dringend notwendigen privaten Kapitalzuflüsse politische Garantien zu geben. Letztere sind angesichts der zuvor erwähnten politischen Zaghafteigkeit der privaten Unternehmer ausgesprochen wichtig. Zudem hat eine Studie ergeben, daß die illegale Kapitalflucht aus China auf 20 Milliarden US Dollar jährlich geschätzt werden muß (SCMP 9.3.98). Die Weltbank geht von noch höheren Zahlen für die legale und die illegale Kapitalflucht aus: 72 Milliarden US Dollar im Jahr 1998 und zwischen 58 und 68 Milliarden US Dollar im Jahr 1999 (SCMP 11.8.99). Das Regime kann es sich nicht leisten, dieses private Kapital zu verlieren. Seit dem 15. Parteitag im September 1997 sind die privaten Kapitalanteile tatsächlich stark angewachsen. Ein berühmtes Beispiel dafür ist das *Joint Venture* der *Rongshida Conglomerate Limited Liability Company*; es wurde von dem staatlichen Mischkonzern *Rongshida Conglomerate Limited Liability Company* aus Hefei – dem größten Produzenten von Waschmaschinen – und dem privaten Grundstücksentwickler Jiang Yu gegründet. Während das Staatsunternehmen einen Anteil von 51% des Kapitals am *Joint Venture* hielt, entfielen auf den letzteren 49%, die durch eine Investition von 20 Millionen Yuan erreicht wurden. Ende 1999 kaufte der Direktor des privaten Großkonzerns *Xiangjiang jituan* in der Provinz Guangdong 50 Millionen Aktien der *Guangdong Development Bank* und wurde damit zum ersten Unternehmer, der im Aufsichtsrat einer staatlich kontrollierten Bank saß. Zahlreiche Privatunternehmen haben bedeutende Anteile an den börsennotierten Unternehmen durch Hintertreppengeschäfte erworben (SCMP 7.4.98; WWP 16.3.98; MB 16.6.99).

Wie bereits angemerkt, wurde 1997 im Bericht zum 15. Parteitag das Kooperationsystem auf der Grundlage des Aktienbesitzes besonders hervorgehoben. In der Folge schritt die *de jure* und die *de facto* Privatisierung der kleinen

und selbst der mittleren SEU immer schneller voran. Im März und April hielt die Provinz Liaoning ein Drittel ihrer kleinen und mittleren Betriebe für den Verkauf bereit; von diesen Firmen konnte wiederum die Hälfte einen Gewinn erwirtschaften. Unmittelbar danach bot die Provinz Heilongjiang 1000 ihrer insgesamt 3583 Klein- und Mittelbetriebe zum Verkauf an. In Qingdao wurden in einer Auktion 12 öffentliche Toiletten versteigert: Selbst Margaret Thatcher wäre darüber höchst erstaunt gewesen. Wie zuvor wurden die profitablen Unternehmen zu billig verkauft. Beunruhigt durch diese Vorgänge erließ die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel im Juli 1998 ein Rundschreiben, um diese Unregelmäßigkeiten zu unterbinden und um die Geschwindigkeit, mit der die Privatisierung voranschritt, zu verlangsamten (WWP 12.3.98; SCMP 26.5.98)

Im April 1999 besuchte Premierminister Zhu Rongji die USA und machte dort weitgehende Zugeständnisse, um eine Übereinkunft über den Beitritt Chinas zur WTO zu erreichen. Das reduzierte sein politisches Gewicht in China. Seine Position wurde noch weiter geschwächt, als die NATO die chinesische Botschaft in Jugoslawien bombardierte und damit riesige anti-amerikanische Demonstrationen auslöste. In der Folge dieser Ereignisse mußte Zhu seine Zuständigkeit für die Reform der SEU an den Vizepremier Wu Bangguo abtreten, der schon einmal (1994–1995) dafür verantwortlich war. Wu folgte dem wirtschaftspolitischen Kurs seines Vorgängers. Diese Linie wurde im September 1999 vom Zentralkomitee bestätigt. Auf dieser Sitzung wurde auch eine Resolution zur Reform der SEU verabschiedet, in der alle wichtigen Prinzipien wiederholt und bekräftigt wurden, die schon zuvor der 15. Parteitag im Jahr 1997 und das Zentralkomitee in seiner 14. Sitzungsperiode in Jahr 1993 verabschiedet hatten. In diesem Dokument wurde zwar proklamiert, daß „die staatlich geleitete Wirtschaft weiterhin einen bedeutenden Umfang“ haben werde, aber diese Leitlinie wurde sofort wieder eingeschränkt und die Notwendigkeit hervorgehoben, daß „die Verteilung und die Qualität [im staatlichen Sektor] rationalisiert und verbessert“ werden müsse. Darüber hinaus wurden einige wichtige Ergänzungen beschlossen. Der erste Zusatz dieses langatmigen Dokuments bestand aus einem einzigen chinesischen Schriftzeichen in einem kurzen Satz und besagt: „Ermuntere die mittleren (*zhong*) und kleinen Unternehmen und laß sie ziehen!“ Seitdem die Politik des: „Laß die Kleinen gehen!“ gegen Ende des Jahres 1994 formuliert wurde, war sie in allen Dokumenten der Partei und der Regierung ausschließlich auf die kleinen SEU beschränkt. Wie bereits erwähnt, wurden bereits nach dem 15. Parteitag von 1997 auch die mittleren SEU verkauft, nachdem die Privatisierung der kleinen sich beschleunigte. Daher handelt es sich bei diesem Zusatz zum einen um eine bloß nachträgliche Anerkennung eines Privatisierungsprozesses, der sich bereits seit einiger Zeit vollzog. Die Definition der „qualitativen Kontrolle der Ökonomie durch den Staat“, deutet eine

implizite Zustimmung zum Verkauf der staatlichen Aktienanteile an. Das Verbot, mit staatlichen Anteilen an den Kapitalgesellschaften oder mit Körperschaftsaktien (*legal entity shares*) zu handeln, würde angesichts der hohen Kosten, die damit verbunden sind, nicht im Sinne des Staates liegen. Die Börse würde angesichts eines solchen erheblichen Überhangs an nicht handelbaren Anteilspapieren niedergedrückt und die Entwicklung des Staatssektors gehemmt, weil die Kurswerte der Aktien stets durch die Möglichkeit bedroht wären, daß die Politik doch noch einen Teil der staatlichen Aktien auf den Markt werfen könnte. Durch das nachfolgende Überangebot könnten die Kurse sinken. Die Versuche des Staates, die großen SEU durch ihre Börsennotierung wieder lebensfähig zu machen, würden empfindlich gestört. Es ist somit klar, daß „die staatlichen Anteile und die Körperschaftsaktien früher oder später an der Börse in einer Abfolge verschiedener Privatisierungsphasen handelbar gemacht werden müssen, um ihren niederdrückenden Effekt auf den Aktienmarkt zu mildern“ (Lau 1999b: 72). Das gleiche gilt für die Staatsanteile an den Unternehmen, die nicht an der Börse notiert werden. Kurz nach dem 15. Parteitag förderte die Provinz Jiangsu den Transfer von Staatsanteilen in private Hände. Das Zentralkomitee hat im September 1999 verschiedene Formen der qualitativen Kontrolle des Staates über die Ökonomie spezifiziert. Zunächst unterstützte es eine angemessene Veräußerung der staatlichen Anteile an börsennotierten Unternehmen. Sehr bald wurden zehn börsennotierte Unternehmen ausgewählt, um diesen Plan umzusetzen. Mitte Dezember 1999 gab man die Vorgehensweise für zwei dieser Unternehmen, nämlich *China Jialing Industrial* und *Guizhou Tyre* bekannt: 33% des Staatsanteils an dem ersten Unternehmen und 10% des Staatsanteils an dem zweiten sollten an private Anteilseigner durch Plazierung an der Börse verkauft werden. Obwohl angesichts eines Preises, der höher als erwartet lag und ein Kurs-Gewinnverhältnis von 14 bis 17 beinhaltete, nicht alle angebotenen Anteile gezeichnet wurden, markiert diese Maßnahme einen bedeutsamen Anfang. Einem unbestätigten Bericht zufolge, wurde auf dem 4. Plenum die Forderung laut, daß der Staat sich innerhalb der nächsten fünf Jahre von der Hälfte seiner Anteile an börsennotierten Unternehmen trennen sollte. Damit könnte sich der Staatsanteil an allen Unternehmen auf etwas über 30% reduzieren (WWP 28.10.99, 4.11.99; MB 30.11.99; SCMP 21.9.99).

Wie bereits ausgeführt, litten die staatlichen Unternehmen unter einer hohen Außenfinanzierung durch Kredite. Bereits im April 1999 wurde die staatseigene *China Cinda Asset Management Company* gegründet, ein Unternehmen zur Verwaltung des staatlichen Produktivvermögens. Es wurde durch die Emission festverzinslicher Wertpapiere finanziert und hatte die Aufgabe, die zweifelhaften Außenstände der *China Construction Bank* zu übernehmen. Insgesamt wurden vier dieser Vermögensverwaltungen errichtet, je eine für jede der vier staatseigenen Geschäftsbanken. Ihre Hauptaufgabe besteht darin,

die Schulden der Produktionsunternehmen in Kapitalanteile zu verwandeln, außerdem werden die Unternehmen restrukturiert. Allerdings sollen die Vermögensverwaltungen die Anteile nicht selbst halten, sondern über den Aktienmarkt privatisieren. Die Vermögensverwaltungen konzentrieren sich auf die größten SEU und hier insbesondere auf die Gruppe derjenigen 512 SEU, die im Rahmen der Kampagne „Halte die Großunternehmen fest im Griff!“ geführt werden. Bis Anfang März 2000 wurden 89 Verträge über die Umwandlungen von Schulden in Kapitalanteile geschlossen, die zusammen einen Wert von 125 Milliarden Yuan haben (*WWP* 8.3.00; *MB* 4.8.99; *SCMP* 4.8.99). Dieser Plan der Verwandlung von Schulden in Aktien wurde vom Zentralkomitee im September 1999 als ein weiterer Weg zur Privatisierung unterstützt.

Eyal und andere (1997: 70-1) sprechen mit Blick auf die Tschechische Republik, auf Ungarn und Polen in der Zeit nach 1989 von einem „Kapitalismus ohne Kapitalisten“, weil die „Personen oder die Gruppen von Personen mit hinreichendem Privatvermögen“ fehlten. Im Gegensatz dazu hat die ehemalige Nomenklatura Rußlands nach dem Zerfall der Sowjetunion im großen Stil das staatliche Eigentum in privates Eigentum verwandelt. Keines dieser beiden Szenarien wird sich voraussichtlich in China wiederholen.

In einem früheren Artikel schätzte ich auf der Basis eines Datensatzes für das Jahr 1995 das Nettovermögen aller SEU ohne den Finanzsektor – also allein die Produktions- und Handelsunternehmen – auf rund 3,18 Billionen Yuan. Sehr große und große SEU verfügten über 1,6123 und die mittleren und kleinen SEU über zusammen 1,5677 Billionen Yuan Nettovermögen. Würden die Unternehmen der ersten Gruppe 49% ihrer Anteile verkaufen und die Unternehmen der zweiten Gruppe vollständig privatisiert, dann beliefe sich die Summe aus diesen Transaktionen auf rund 2,97 Billionen (*CZJN* 1996: 580) und das gesamte private finanzielle Vermögen auf 4,43 Billionen. Natürlich werden die staatlichen Anteile mit einem bestimmten Aufschlag auf den Wert des Nettovermögens verkauft, aber der private Sektor verfügt noch immer über mehr als genügend Finanzmittel, um die gesamten staatlichen Produktionsunternehmen zu kaufen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der hohe Anteil der Haushaltsersparnisse nicht aus irgendwelchen privaten Rücklagen besteht, sondern aus Kapital, das investiert werden kann. Wie einer Quelle aus dem „linken“ politischen Spektrum zu entnehmen ist, verfügten zu Beginn des Jahres 1994 etwa 2% aller Einleger über rund 80% aller Spareinlagen (*Yingxiang wogue ...* 1995: 40). Dies mag übertrieben sein, aber in einem veröffentlichten Bericht der Regierung findet sich die Information, daß 3% der Bevölkerung über 40% aller Einlagen der Haushalte bei den Banken verfügen (*WWP* 3.8.98). Eine verschwindend kleine Minderheit besitzt also zusammen mit Investoren, die ihr Kapital in Übersee angelegt haben, genau das Vermögen, welches das Regime dringend benötigt.

Das größte Hindernis, das der Reduktion des Staatsanteils an den größten

SEU entgegensteht, liegt also weder in unzureichenden privaten Mitteln oder dem fehlenden Willen auf der Seite des Staates, noch in der Opposition einer ohnehin marginalisierten und unbedeutenden „politischen Linken“, sondern darin, daß die privaten Investoren davon überzeugt werden müssen, die staatlichen Anteile an den SEU zu kaufen; der Aktienmarkt muß daher für privates Kapital attraktiv werden. Verschiedene Maßnahmen wurden bisher zu diesem Zweck ergriffen. Am Vorabend der 4. Plenumsitzung im September 1999 gab die Regierung bekannt, daß man sieben Wertpapierhändlern und zehn Investmentfonds den Zugang zum Interbankenmarkt gestattet habe. Kurze Zeit nach der 4. Plenumsitzung wurde bekanntgegeben, daß von nun an sowohl inländische als auch solche Versicherungsunternehmen, die von ausländischen Investitionen getragen werden, bis zu 15% des Werts ihrer Aktiva in Aktien von Investmentfonds anlegen dürfen; dies war ihnen zuvor verwehrt; sie konnten nur Schatzanweisungen und Industrieobligationen kaufen (MB 23.9.99; WP 22.10.99; SCMP 28.10.99, 29.10.99). Durch diese und ähnliche Maßnahmen – weitere sind zu erwarten – hofft das Regime, den Aktienmarkt entwickeln und neue private Investoren anziehen zu können.

Kürzlich habe ich den Anteil, den der private Sektor an der gesamten inländischen Ökonomie haben könnte, wenn das eingetragene Grundkapital zugrunde gelegt wird, auf 70,3% geschätzt (Lau 1999b: 72-3). Offenbar möchte das Regime aber verhindern, daß der Staatssektor seine Kontrolle über die Ökonomie verliert. Es möchte seinen entscheidenden Einfluß auf die 1000 größten SEU behalten und daher an seinen Eigentumsrechten und seiner Verfügungsmacht über diese Firmen festhalten; diese größten SEU sollen durch Fusionen und Bankrotte gestärkt werden, einige von ihnen sollen in Mischkonzerne ähnlich den südkoreanischen *chaebol* verwandelt werden; auf diese Weise werde der Staat in die Lage versetzt, eine insgesamt größere ökonomische Macht ausüben zu können, als es der bloße Umfang seiner Eigentumsanteile an den Unternehmen vermuten lasse. Schließlich kommt es einer staatlichen Einflußnahme auf die Ökonomie zugute, wenn die Kapitalanteile stark gestreut sind. Wie es scheint, wird der Staat in den frühen Phasen dieser Umstrukturierung in der Lage sein, dieses Ziel nicht nur im Hinblick auf die 1000 größten SEU zu erreichen, sondern auch bei vielen anderen in Kapitalgesellschaften verwandelte SEU. Wenn jedoch die Größe und der Konzentrationsgrad des privaten Kapitals zunehmen, wird es eine ganz andere Frage sein, ob angesichts der wachsenden Anzahl von Aktien der staatlichen Unternehmen, die an den Börsen frei gehandelt werden, dieses Ziel auch langfristig realisiert werden kann. Die Geschichte der Reformprozesse zeigt jedenfalls, daß die Entwicklung häufig ohne Rücksicht auf die Intentionen des Staates vorangeschritten ist.

Chinas Fortschritt auf dem Weg der Privatisierung wird sicherlich mühsam

sein. Möglicherweise kann der Staat die Arbeiter nicht dazu zwingen, jene unprofitablen SEU zu übernehmen, welche die privaten Interessenten nicht haben wollen. Wenn die privaten Investoren beispielsweise Massentlassungen fordern, als Vorbedingung für den Erwerb von Anteilen an den SEU, müsste das Regime dieses Anliegen ablehnen, weil Unruhen oder Aufstände unter den Arbeitern befürchtet werden (Lau 1997). Auch die Aufnahme der Unternehmen in die Börsenverzeichnisse hängt von vielen zufälligen Faktoren ab. So hat zum Beispiel die jüngste Finanzkrise in Asien die Börsennotierung der SEU in Hong Kong beeinflusst. Zudem ist es keine einfache Aufgabe, die staatlichen oder die körperschaftlichen Aktien der SEU handelbar zu machen und den Abfluß der staatlichen Anteil aufgrund von zu niedrigen Preisen zu verhindern. Diese Schwierigkeit wurde bei der „Unterzeichnung“ der Aktienemissionen (der zu geringen Nachfrage nach den Aktien) von *China Jialing Industrial* und *Guizhou Tyre* offenbar. Obgleich das Ziel der Wirtschaftspolitik nach wie vor darin besteht, die zuvor angesprochenen Mischkonzerne zu etablieren, um die eigene ökonomische Macht zu erhalten, hat die Unruhe an den asiatischen Märkten gezeigt, daß der Zufluß privaten Kapitals angesichts des gefährlich hohen Bestandes an zweifelhaften Forderungen eine unumgängliche Finanzierungsquelle ist. Die Beschlüsse auf der 4. Plenumsitzung und die soeben dargestellten Maßnahmen, die seit 1999 ergriffen wurden, bestätigen die hier vorgetragene Interpretation.

### Ursachen und Dynamik der chinesischen Privatisierungspolitik

Warum hat die Reform der SEU seit 1993 jene Wendung genommen, die wir bislang untersucht haben? Zum einen lag es am Steuersystem, das bis zum Beginn der Reformen existierte. Die Unternehmen mußten nur eine einfache Gütersteuer an den Staat zahlen, die SEU führten alle Profite direkt an den Staatshaushalt ab und für die Erwerbstätigen gab es keine Einkommensteuer. Das staatliche Budget hing also vollständig von den staatseigenen Unternehmen ab. Dieses institutionelle Erbe verhinderte, daß die Reform des Steuersystems mit der raschen Differenzierung der ökonomischen Strukturen und Aktivitäten Schritt halten konnte; schließlich wurde der gesamte private Sektor kaum besteuert und zahlreiche neu entstandene Unternehmen mußten gar keine oder nur geringe Steuern abführen; dies wiederum verfestigte die fiskalische Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte von den staatseigenen Unternehmen. Zum anderen hatte die Lockerung des staatlichen Industrie-monopols zu einem rapiden Niedergang seiner Profitabilität geführt, weil die Monopolgewinne plötzlich verschwunden waren (Naughton 1992; 1995: 234, 260-1). Naughton schätzt, daß der Beitrag der Staatsunternehmen zum Staatshaushalt in der Zeit von 1978 bis 1988 gemessen am Bruttosozialprodukt um 14% gesunken ist; dabei entfallen 9 Prozentpunkte von den 14%

auf die Verminderung der Gewinne, den Rest bilden diejenigen Gewinne, welche die Unternehmen einbehalten haben. Während derselben Periode sank der Anteil der fiskalischen Einnahmen des Staates am Bruttosozialprodukt um 16,8%. Wenn man diese Zahlen vergleicht, gelangt man zu dem Ergebnis, daß an der 16,8 prozentigen Senkung der Staatseinnahmen die Auflösung der Monopolgewinne mit 9% beteiligt war. Damit kann die gesamte Reduktion der Staatseinnahmen zu 53,6% (9 aus 16,8 Prozentpunkten) auf das Verschwinden der Monopolgewinne der staatseigenen Unternehmen zurückgeführt werden. Weiterhin waren die SEU seit den 80er Jahren, als die Einbehaltung von Gewinnen zugelassen wurde, in wachsendem Maße gezwungen, auf die Selbstfinanzierung und auf Kredite anstelle der Zuteilung staatlicher Budgetmittel zurückzugreifen, um Investitionen zu finanzieren. 1994 stammten 95,6% aller inländischen Fonds, aus denen die Staatsunternehmen ihre Investitionen finanzierten, aus diesen beiden Quellen.

Daraus ergaben sich zwei Konsequenzen. Auf der einen Seite haben die Profitreduktion bei den Staatsunternehmen, und die Kreditabhängigkeit der SEU ungeachtet der erzielten Produktivitätsfortschritte zu einem hohen festverzinslichen Fremdkapitalanteil am Gesamtkapital geführt. Wären die Marktaussichten günstiger gewesen, so hätte sich die Lage bis zu einem gewissen Grad entspannen können, doch dies war in den 90er Jahren nicht der Fall. Auf der anderen Seite entstand aufgrund der verschleppten Steuerreform und schrumpfender Profite der Staatsbetriebe eine Finanzkrise. Der Anteil der fiskalischen Einnahmen des Staates am Bruttosozialprodukt ging von 34,8% im Jahr 1978 auf 10,97% im Jahr 1996 zurück (*TJNJ*, verschiedene Jahrgänge). Damit verblieb dem Staat kaum eine Alternative zur beschleunigten Privatisierung der kleinen SEU und der Beteiligung des privaten Kapitals an den großen SEU. Diese Entwicklungen zeigen: Bei jedem Zusammentreffen von Ereignissen ist der letztendliche Ausgang das Ergebnis eines komplexen Geflechts, das aus den Wechselwirkungen zwischen den strukturellen (ökonomischen, institutionellen und anderen) Bedingungen und den Handlungen verschiedener sozialer Kräfte besteht, wie beispielsweise dem Widerstand der Arbeiter und den Spannungen zwischen der zentralen und der lokalen Regierungsebene.

*Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Schabacker*

## Literatur

*Im Text und im Literaturverzeichnis benutzte Abkürzungen:*

CZNJ	<i>Zhongguo caizheng nianjian</i> (China's Financial Yearbook)
GGNC	<i>Gaige neican</i> (Internal Reference on Reform)
JJYJZL	<i>Jingji yanjiu ziliao</i> (Economic Research Materials)
MB	<i>Mingbao</i> (Hong Kong daily)
RMRB	<i>Remin ribao</i> (People's Daily)
SCMP	<i>South China Morning Post</i> (Hong Kong daily)
SYNJ 96	<i>Zhongguo siying jingji nianjian (1996 nian ban)</i>
TJNJ	<i>Zhongguo tonji nianjian</i> (China's Statistical Yearbook)
Wanyanshu	<i>Beijing dixia 'wanyanshu'</i>
WWP	<i>Wen Wei Po</i> (Hong Kong daily)

*Artikel und Bücher ohne namentlich genannte Autoren:*

- Bufen zulin chengbao ren shouru piangao, in: *Jingji tizhi gaige* June 1989: 19.
- Dui bajia nongcun siying qiye diaocha de chubu fenxi, *Nongye jingji wenti* Feb. 1989: 18-23.
- Gaojie siying qiye zhu: „hong maozi“ hen keneng shi dingshi zhada, in: *JJYJZL* July 1997: 58-9.
- Gufen hezuozhi qiye xi zhong you you, in: *GGNC* no. 22, 1996: 21-3.
- Guoqi gaige reng zai paihuai, in: *GGNC* no. 1, 1996: 19-21.
- Qiye yunxing zhong de zhuduo guai xianxiang, in: *GGNC* no. 6, 1996: 25-8.
- Ruhe kan guoqi gaige zhong de fei guoyouhua, in: *GGNC* no. 17, 1996: 30-2.
- Sanshi ge qiyejia de sikao yu yaoqiu, in: *RMRB* 15.12.86.
- Shangji bumen „hu lai huan qi“ xiaji qiye „haoren nanzuo“, in: *GGNC* no. 3, 1995: 22-5.
- Siqe laoban xiaofei wei ru chuanwen shechi, in: *GGNC* no. 9, 1996: 31-4.
- Siying jingji weilai fazhan you turang, in: *GGNC* no. 14, 1996: 27-9.
- Wei le ba xiao qiye gao de ganghao, in: *Qiushi* Jan. 1996: 42-3.
- Yingxiang woguo guojia anquan de ruogan yinsu, in: *Wanyanshu*: 25-48 (1995).
- Beijing dixia 'wanyanshu'* (Hong Kong: Mingjing chubanshe 1997).
- Zhongguo caizheng nianjian*, various years (Beijing: Zhongguo caizheng zazhishe).
- Zhongguo jingji dalunzhan* (Beijing: Jingji guanli chubanshe 1996).
- Zhongguo siying jingji nianjian (1996 nian ban)* (Beijing: Zhonghua gongshang lianhe chubanshe 1996).
- Zhongguo tongji nianjian*, various years (Beijing: Zhongguo tongji chubanshe).
- Aktan, C.C. (1995): An introduction to the theory of privatization, *Journal of social, political & economic studies* 20, 2: 187-216.
- Bachman, D. (1996): China and privatization, in: E.N. Suleiman & J. Waterbury (eds.) *The political economy of public sector reform and privatization* (Boulder: Westview).
- Bolton, P. (1995): Privatization and the separation of ownership and control: lessons from Chinese enterprise reform, *Economics of transition* 3, 1: 1-12.
- Bowles, P.; Dong Xiao-yuan (1994): Current successes and future challenges in China's economic reforms, *New left review* 208: 49-76.
- Cao Jingxing (1997): Guoqi bushi maidiao jiu wanshi daji, *MB* 19.11.97.
- Chang Xiuzhe (1997): Guanyu shenhua guoyou qiye gaige de san ge wenti, *Qiye Guanli* March 1997: 31-2.
- Chen Lantong, Guo Zhishan; Wang Yong (1989): Tonghua shi zheshou jieqie qiye neibu fenpei bugong, *Zhongguo jingji tizhi gaige* Sept. 1989: 12.
- Chen Yongjie (1995): Zujian guojia konggu gongsi: buyao xin ping zhuang jiu jiu, *GGNC* no. 16, 1995: 16-9.
- Chinese Academy of Social Science Industrial Economics Research Institute (1996): Woguo konggu gongsi shidian de qingkuang, wenti ji zhengce jianyi, *JJYJ* Sept. 1996: 3-11.
- Chinese Communist Party Central Committee (1993): Zhonggong zhongyang guanyu jianli shehui zhuyi shichang jingji tizhi ruogan wenti de jueding, *WWP* 17.11.93.
- (1995): Zhonggong zhongyang guanyu zhiding „jiuwu“ jihua he er ling yi ling nian yuanjing mubiao de jianyi, *WWP* 5.10.95.

- (1999): Zhonggong zhongyang guanyu guoyou qiye gaige he fazhan ruogan zhongda wenti de jue ding, *WWP* 27.9.99.
- Cowling, K. (1995): Reflections on the privatization issue, in: Ha-Joon Chang; P. Nolan (eds.), *The transformation of the communist economies: against the mainstream* (New York: St. Martin's Press) 162-76.
- de Trenck, C., S. Cartledge, A. Daswani, C.A. Katz, D. Sakmar (1998): *Red chips and the globalization of China's enterprises* (Hong Kong: Asia 2000 Ltd.).
- Eyal, G., I. Szelenyi, E. Townsley (1997): The theory of post-communist managerialism, *New left review* 222: 60-92.
- Fang Zheng, Zhong Wei (1995): Jianli xiandai qiye zhidu de ba ge nan dian, *Jingji guanli* Jan. 1995: 29-31.
- Feigenbaum, H., J. Henig (1997): Privatization and political theory, *Journal of international affairs* 50, 2: 338-55.
- Groves, T., Y. Hong, J. McMillan, B. Naughton (1994): Autonomy and incentives in Chinese state enterprises, *Quarterly journal of economics* 109, 1: 183-209.
- Guan Yixin (1994): Guanyu zhengqi fenkai de shengceng sikao, *JYJ* July 1994: 19-22, 41.
- He Yang (1993): Youguan gufenzhi de jige mingan wenti, *GGNC* no. 20, 1993: 20-3.
- Huang Shuzheng (1994): Jingjihua yu shichanghua: guoyou zichan guanli gaige fangxiang, *Zhongguo gaige* June 1994: 55-6.
- Jefferson, F., T. Rawski (1994): Enterprise reform in Chinese industry, *Journal of economic perspectives* 8, 2: 47-70.
- Jefferson, F., T. Rawski, Y. Zheng (1992): Growth, efficiency and convergence in China's state and collective industries, *Economic development and cultural change* 40, 2: 239-66.
- Jiang, K. (1996): The conflicts between trade unions and the party-state, *Hong Kong journal of social sciences* 8: 121-58.
- Jiang Zemin (1997): Report to the 15 th Party Congress, *WWP* 13.9.97.
- Jin Tiwei, Long Songlin (1994): Gufenzhi gongsi lingdao tizhi bu guifan xingwei jidai jie jue, *GGNC* no. 21, 1994: 34-6.
- Lau, R.W.K. (1997): China: labour reform and the challenge facing the working class, *Capital and class* 61: 45-80.
- (1999a): Left and right in China's economic reform in the 90s and the facade of the „third thought liberation“, *Pacific review* 12, 1: 79-102.
- (1999b): The 15th congress of the Chinese communist party: milestone in China's privatization, *Capital and class* 68: 51-88.
- Li Peng (1995): Government work report, March 1995, *WWP* 20.3.95.
- (1997): Government work report, March 1997, *WWP* 2.3.97.
- Li Pingshi (1994): „Gongyouzhi wei zhuti“ buneng dongyao, *Zhenli de zuiqiu* Jan 1994: 12.
- Li Yanyan (1996): Woguo fei gongyouzhi jingji fazhan de xianzhuang, wenti ji xuyao mingque de zhengce jixian, *JYJZL* Aug. 1996: 13-6.
- Lo, Dic (1997): *Market and institutional regulation in Chinese industrialization, 1978-94* (Basingstoke & London: Macmillan).
- Ma Licheng, Ling Zhijun (1998): *Jiaofeng dangdai zhongguo sanci sixiang jiefang shilu* (Beijing: Jinri zhongguo chubanshe).
- Milor, V. (ed.) (1994): *Changing political economies: privatization in post-communist and reforming communist states* (Boulder: Lynne Rienner).
- Naughton, B. (1992): Implications of the state monopoly over industry and its relaxation, *Modern China* 18, 1: 14-41.
- (1994): What is distinctive about China's economic transition? State enterprise reform and overall economic transformation, *Journal of comparative economics* 18: 470-90.
- (1995): *Growing out of the plan Chinese economic reforms, 1978-1993* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Nee, V. (1989): A theory of market transition: from redistribution to markets in state socialism, *American sociological review* 54: 663-81.
- (1991): Social inequalities in reforming state socialism: between redistribution and markets in China, *American sociological review* 56: 267-82.

- (1996): The emergence of market society: changing mechanisms of stratification in China, *American journal of sociology* 101, 4: 908-49.
- Oi, J., A. Walder (eds.) (1999): *Property rights and economic reform in China* (Stanford, Calif.: Stanford University Press).
- Putterman, L. (1995): The role of ownership and property rights in China's state industries, in: V. Milor (ed.) (1994), 27-52.
- Qi Guizhen (1996): Guoyou zichan guanli tao lu duo, *GGNC* no. 23, 1996: 22-5.
- Rawski, T. (1994): Progress without privatization: the reform of China's state industries, in V. Milor (ed.) (1994), 27-52.
- Rona-Tas, A. (1994): The first shall be last? Entrepreneurship and communist cadres in the transition from socialism, *American journal of sociology* 100, 1: 40-69.
- Savas, E. (1992): Privatization in post-socialist societies, in: *Public administration review* 52, 6: 573-81.
- Sheng Yong'an (1996): Zhuanti gongsi popo jia laoban, *Zhongguo gaige* March 1996: 11-3.
- Shi Huidong (1996): Zhigong chigu shi lingdan miaoyao ma? *Jingji guanli* Sept 1996: 25-7.
- Stark, D. (1996): Recombinant property in east European capitalism, *American journal of sociology* 101, 4: 993-1027.
- State Bureau of Industrial and Commercial Administration (1992): *Zhongguo gongshang xingzheng tongji sishi nian* (Beijing: Zhongguo tongji chubanshe).
- State Commission for Reform of Economic Structure Division of Production (1995): *Ruhe zhiding xiandaiqiye zhidu shidian fang'an* (Beijing: Gaige chubanshe).
- Tong Xing (1994): Guoyou zichan liushi gaikuang, *Zhenli de zuiqiu* July 1994: 10-6.
- Tung, R. (1996): Obstacles hindering the establishment of a modern state-owned enterprise system in mainland China, *Issues and studies* 32, 2: 32-51.
- (1997): Possible development of mainland China's private enterprises, *Issues and studies* 33, 6: 1-16.
- Walder, A. (1994): Corporate organization and local government property rights in China, in: V. Milor (ed.) (1994): 53-66.
- (1996): Markets and inequalities in transitional economies: toward testable theories, *American journal of sociology* 101, 4: 1060-73.
- Wang Junfeng (1996): Ruhe fangzhi shangshi gongsi guoyou zichan liushi, *Jingji guanli* Sept. 1996: 51-4.
- Wang Ruhua, Ou Yangfang (1994): Dangqian gufenzhi shidian de guifanhua wenti, *Zhongguo gaige* July 1994: 42-3.
- Wang Zhonghui (1990): Private enterprise in China: an overview, *Journal of communist studies* 6, 3: 83-98.
- Xiao Liang (1996): Yijiujiu wu nian jingji lilun yanjiu dongxiang he zhenglun, *JYJZL* March 1996: 3-6, 12.
- Xiong Xiaming (1993): Jianchi biao zhun, juyan reneng, *Zhenli de zuiqiu* Oct. 1993: 22-3.
- Yao Shuren (1995): Zhuguan „popo“ liyi zhi shi guoqi gaige yi zai shouzu, *GGNC* no. 16, 1995: 22-3.
- Young, S. (1995): *Private business and economic reform in China* (New York: M.E. Sharpe).
- Yuan Mu (1995): Guanyu guoyou qiye gaige de ruogan jiben renshi wenti, *Jingji ribao* 7.2.95.
- (1997): 'Guangda gongren tonzhi xinli henbu pingheng,' *JYJZL* June 1997: 54-6.
- Zhang Yanning (1990): Shenhua qiye gaige qianhua qiye guanli, *Zhongguo jingji tizhi gaige* Feb. 1990: 22-30.
- (1996): Guanyu shandong sheng „zhua da fang xiao“ gaohao qiye de tiaocha, *Qiye guanli* Oct. 1996: 7-9.
- Zhang Zhiwei, Pang Yihua (1990): Jiejue qiye neibu fenpei bugong, *Zhongguo jingji tizhi gaige* Jan. 1990:39-40.
- Zhao Minshan, Zhou Xuewen (1995): Guoyou qiye kunnan de chengyin, *Qiye guanli* Aug. 1995: 19-21.
- Zheng Xinmiao, Wang Tongxin, Wu Changling (1990): Dui nongcun siying jingji fazhan de lilun sikao ji zhengce jianyi, *Nongye jingji wenti* May 1990: 47-50.
- Zhou Guohui, Lu Fukang (1997): Siying laoban neng dang cun zhi shu ma, *GGNC* no. 9, 1997: 18-21.